

Preiserhöhungen angekündigt

Steinbruch: Wasserbeschaffungsverband fürchtet um Existenz und stellt Klage in Aussicht

Die hitzigen Diskussionen über die geplante Ascheeinlagerung im Steinbruch Hamelspringe halten an. Der örtliche Wasserbeschaffungsverband sieht sich in seiner Existenz bedroht.

VON MARC FÜGMANN

BAKEDE/HAMELSPRINGE. In jedem Fall müssten die von ihm belieferten Haushalte mit kräftigen Gebührenerhöhungen rechnen, heißt es in einer Stellungnahme des Wasserbeschaffungsverbands. Vorsitzender Peter Meyer begründet dies mit Rückstellungen, die der Verband bilden müsse, wenn es zur Ascheeinlagerung kommt.

Um die Versorgung der Bevölkerung mit einwandfreiem Trinkwasser zu gewährleisten, sei man in der Pflicht, kostspielige „Verfahren zur Erkennung und Dokumentation von Grundwasserverunreinigungen einzuführen, die über das übliche Maß hinausgehen“. Denn dies sei auch die Voraussetzung für mögliche Schadenersatzansprüche.

Vor Gericht ziehen will der Verband aber nicht erst, wenn die Asche bereits in den sprichwörtlichen Brunnen gefallen ist. Sollte



Nach dem Vorbild der Deponie in Lüthorst soll der Steinbruch Hamelspringe für die Ascheeinlagerung genutzt werden. Dagegen regt sich Widerstand. Archiv

es grünes Licht für eine Verpachtung des Areals geben, werde man schon im Vorfeld ein „Klageverfahren gegen die Errichtung der Deponie“ anstrengen. Die damit verbundenen Kosten, da sind sich Meyer und seine Vorstandskollegen einig, werden sich jedoch nur über einen höheren Wasserpreis finanzieren lassen. „Ein Beschluss hierüber soll erfolgen, sobald klar ist, ob das Projekt von den Forstgenossen weiterverfolgt wird“, macht Meyer deutlich.

Eine mögliche Beeinträchtigung des Grundwassers wäre vor allem in Bad Münde besonders kritisch, weil dort das Trinkwasser ganz überwiegend auf diese Weise gewonnen werde. Eine Kontamination kann aus Sicht des Verbandes bei einer Aschedeponie im Steinbruch nicht ausgeschlossen werden, „weil das Wasserschutzgebiet unmittelbar an den Steinbruch angrenzt“, wie es heißt. „Der Trinkwasserschutz sollte vor wirtschaftlichen Interessen ste-

hen“, fordert Meyer. Im schlimmsten Fall sei sogar die Existenz des Verbandes bedroht. Meyer: „Denn die möglichen Kosten für die Trinkwasserreinigung dürften finanziell gar nicht darzustellen sein.“

Abschließend appelliert er noch einmal an die Forstgenossenschaft, sich angesichts der ablehnenden Haltung von Bevölkerung, Politik und Verbänden dazu durchzusetzen, das Projekt nicht weiter zu verfolgen.